



Auszug aus der Niederschrift
der 25. Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck in
der 20. Wahlperiode (2023 - 2028) vom 25.06.2026

öffentlich:

TOP 10.5. Interfraktioneller Austausch Antrag : Förderung der Aufklärung des Brandanschlags im Januar 1996 auf Geflüchtete in der Unterkunft Hafenstraße 52

(ursprünglich VO 14793-01 : Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens zum Brandanschlag im Januar 1996 auf Geflüchtete in der Unterkunft Hafenstraße 52)

VO/2025/14793-03 *ungeändert beschlossen*

Hierzu spricht BM Stolzenberg.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung SH und anderen Institutionen darauf hinzuwirken, dass das Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein eine unabhängige, wissenschaftliche Aufarbeitung zur Ermittlungsarbeit und Aufklärung des Brandanschlags in der Hafenstraße in Auftrag gibt. Ziel ist es, die Arbeit der Justiz- bzw. Ermittlungsbehörden transparent zu machen und ggf. Ansätze für weitere Aufklärung zu erlangen. Der Bürgerschaft ist fortlaufend zu berichten.

Ebenso ist die Bürgerschaft zu Fragen von Entschädigungs- und Hilfeleistungen und von den Ergebnissen des Gesprächs mit Opfern und Hinterbliebenen, das anlässlich des 30. Jahrestags des Brandanschlags im Rathaus geführt wurde, zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme

BM Rohlf, BM Zander und BM Stappen sind nicht im Saal

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0